

Neue Zürcher Zeitung

07. Mai 2003

Nur noch die Schweiz auf der «Sünderliste» *Fiskalpolitische Einäugigkeit der OECD*

Dem Vernehmen nach ist an der jüngsten Sitzung des OECD-Forums gegen schädliche Steuerpraktiken die Liste der «sündigen» Länder massiv zusammengestrichen worden. Einzig die Schweiz figuriert noch darauf. Bleibt es dabei, wird Bern nichts anderes übrig bleiben, als, wie bereits angedroht, das Veto einzulegen.

rg. Welche Länder dieser Welt betreiben «schädlichen» Steuerwettbewerb? Im Urteil der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) offenbar nur die Schweiz. Zu dieser - noch vorläufigen - Einschätzung kam jedenfalls das vom OECD-Fiskalausschuss ins Leben gerufene und stets hinter verschlossenen Türen tagende «Forum on Harmful Tax Practices» an seiner jüngsten Sitzung im April in Paris, wie aus zuverlässiger Quelle in Erfahrung gebracht werden konnte. Die Aufgabe des OECD-Forums, bei dem die Eidgenossenschaft nur Beobachterstatus genießt, besteht darin, zuhanden des OECD-Fiskalausschusses eine definitive Liste all jener Staaten zu erstellen, die angeblich schädliche Steuerpraktiken anwenden und sich damit im internationalen Steuerwettbewerb unfair verhalten. Das OECD-Forum wird aller Voraussicht nach nochmals vom 18. bis zum 20. Juni zu abschliessenden Beratungen zusammenkommen, so dass dann Anfang Juli im massgeblichen OECD-Fiskalausschuss die Würfel fallen dürften.

Keine Überraschung

Noch im OECD-Bericht von 2000 wurden nicht weniger als 47 «potenziell schädliche» fiskalische Vorzugsregime im OECD-Raum aufgelistet. Davon ist praktisch nichts übrig geblieben, denn nur die Schweiz soll nach Auffassung des OECD-Forums an den Pranger gestellt werden. Diese Entwicklung kommt freilich nicht überraschend, denn seit 1997, als die OECD begann, sich intensiv mit dem internationalen Steuerwettbewerb auseinanderzusetzen, gilt die Schweiz aus zwei Gründen als besonders suspekt: zum einen wegen der vergleichsweise geringen Besteuerung der Zwischengesellschaften (Holding-, Verwaltungs- und gewisse Dienstleistungsgesellschaften), zum andern wegen ihrer restriktiven Amtshilfe. Vor allem Letzteres ist den Scharfmachern bei der OECD ein Dorn im Auge. Die Schweiz gewährt zwar Amtshilfe zur korrekten Anwendung der Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), aber sie ist nicht bereit, Informationen zur Anwendung des internen Steuerrechts auszutauschen. Hier unterscheidet sich die helvetische Praxis von den Usanzen der anderen OECD-Länder. Das Gleiche gilt für die Regelung in Art. 26 des OECD-Musterabkommens für DBA.

Trotzdem wirkt es befremdend, dass einzig gegenüber der Schweiz die rote Karte gezogen werden soll. Es sei daran erinnert, dass im Schosse der OECD insgesamt vier Kriterien erarbeitet wurden, die angeblich auf «schädliche» Steuerpraktiken schliessen lassen: Dazu gehören neben tiefer Besteuerung und mangelhaftem Informationsaustausch auch fehlende Transparenz über die steuerlichen Praktiken sowie das «Ring Fencing» (Abschottung des Regimes). Die Erfüllung auch nur eines

dieser vier Kriterien reicht aus, um eine steuerliche Regelung als schädlich einzustufen, hiess es bei der OECD stets. Doch die Tatsache, dass mit Ausnahme der Schweiz kein einziger Fisch im OECD-Netz hängen bleiben soll, lässt darauf schliessen, dass der OECD letztlich doch nicht die Rolle des fiskalischen Weltpolizisten zukommen darf - offenkundig aus nicht ganz uneigennütigen Motiven ihrer Mitgliedstaaten. Dem Vernehmen nach sollen jedenfalls an der letzten Sitzung des OECD-Forums verschiedene Länder auf geradezu groteske Begründungen zur Reinwaschung ihrer Steuerpraktiken zurückgegriffen haben.

Muss Bern die Notbremse ziehen?

Die Schweiz wird gewiss alle möglichen Kanäle nutzen, um zu erreichen, dass sie in den kommenden Wochen ebenfalls wie alle anderen OECD-Länder den Persilschein erhält. Allerdings darf es bei diesen Bemühungen in materieller Hinsicht keine Kompromisse geben. Die fiskalische Belastung der Unternehmen muss niedrig bleiben, um im internationalen Standortwettbewerb weiterhin bestehen zu können, und der Informationsaustausch muss eingeschränkt bleiben; andernfalls käme auch das Bankgeheimnis wieder massiv unter Druck. Falls das OECD-Forum an seiner Juni-Sitzung gegenüber der Schweiz aber weiterhin kompromisslos bleibt, wird Bern Anfang Juli im zuständigen OECD-Fiskalausschuss das Veto einlegen müssen. Zu diesem Schritt wäre die Schweiz gezwungen, weil sonst in der Folge kollektive Retorsionsmassnahmen der OECD-Länder zu befürchten wären. Selbstverständlich gäbe es dann immer noch das Risiko unilateraler Massnahmen gegen die Schweiz. Doch diesem Risiko ist ein Land immer ausgesetzt - mit oder ohne «Sünderliste» auf OECD-Ebene. Um so wichtiger ist es, dass Bern weiterhin und konsequent den zumeist erfolgreichen bilateralen Weg beschreitet, um allfällige Steuerprobleme mit Drittländern aus der Welt zu schaffen.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZGlobal unter: <http://www.nzz.ch/global>

NZZ Online: <http://www.nzz.ch>
Copyright (c) Neue Zürcher Zeitung AG
